

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP**20. Jahrestag der deutschen Einheit in Bremen feiern!**

Seit der Zeit der deutschen Teilung mahnte in Bremen die von Bürgermeister Wilhelm Kaisen initiierte Inschrift an der Fassade des Deutschen Hauses Am Markt 1 mit den Worten „Gedenke der Brüder, die das Schicksal unserer Trennung tragen“ daran, die deutsche Teilung nicht zu vergessen. Die Stadtbürgerschaft hat sich in ihrer Sitzung am 25. August 2010 für die Benennung eines „Platzes der Deutschen Einheit“ vor dem Überseemuseum ausgesprochen. Damit wird künftig an zentraler Stelle in Bremen an die Überwindung der Trennung durch die deutsche Einheit erinnert.

In diesem Jahr feiern wir am 3. Oktober den 20. Jahrestag der deutschen Einheit, und das Land Bremen ist Gastgeber der Feierlichkeiten. Der Tag der deutschen Einheit ist immer wieder Anlass, die Vollendung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit zu feiern, die Verdienste und Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland zu würdigen und die Aufgabe der Vollendung der „inneren Einheit“ zu thematisieren. Dazu gehört auch eine lebendige Kultur des Erinnerns, die die deutsche Teilung, den Mauerbau, die friedliche Revolution in der DDR, den Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung als prägende Ereignisse der deutschen Nachkriegsgeschichte wach hält. Unser demokratischer Rechtsstaat muss sich weiterhin um die Aufarbeitung der Vorgänge in der totalitären SED-Diktatur bemühen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit fest:

1. Der Tag der deutschen Einheit ist Anlass, mit Freude und Dankbarkeit die Vollendung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit und im Kontext der europäischen Einigung zu feiern: Ausgehend von den Montagsdemonstrationen fand in der DDR die erste und einzige friedliche Revolution in der deutschen Geschichte statt. Es folgten der Fall der Mauer am 9. November 1989 und die ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Nach Abschluss der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 wurde mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 das geteilte Deutschland am 3. Oktober 1990 wieder ein gemeinsamer Staat.
2. In den seit der Wiedervereinigung vergangenen 20 Jahren ist in einer politischen Kraftanstrengung aller Bürgerinnen und Bürger der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Übergang von einer Diktatur zur Demokratie und von einer sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft gelungen. Der auch mit besonderen Opfern der Ostdeutschen verbundene Umbruch, die Verbesserung der Lebensumstände sowie nicht zuletzt die der ökologischen Bedingungen wurden durch den gemeinsam mit den Westdeutschen gezeigten Aufbauwillen, den Fleiß, das Engagement und die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger möglich.
3. Das Zusammenwachsen bleibt weiterhin unsere gemeinsame politische Aufgabe und gesellschaftliche Verpflichtung. Dabei bedarf auch das vom totalitären

SED-Regime begangene Unrecht weiterhin der Erinnerung und der Aufarbeitung.

Silke Allers, Heiko Strohmann, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Carl Kau, Claas Rohmeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Klaus Möhle, Christian Weber,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn, Dr. Karin Mathes,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bernd Richter,
Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP